Chronik

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Sprachspiegel : Zweimonatsschrift**

Band (Jahr): **58 (2002)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Wörter und Unwörter des Jahres 2001

Um die Jahreswende erküren verschiedene Gremien jeweils ihr Wort und ihr Unwort des Jahres. Die Wahl erfolgt bei den einen fast ganz gemäss dem Resultat der aus dem Publikum bzw. dem Mitgliederkreis eingegangenen Zusendungen, bei den anderen stehen eher Nachforschungen und das Urteil von Sprachforschern Pate.

Kriterien für die Wahl eines Worts des Jahres sind die Häufigkeit, die Neuartigkeit und die gesellschaftliche Bedeutung des Begriffs, welchen Inhalts dieser Begriff auch immer sei. Über die Wahl zum Unwort des Jahres dagegen entscheidet der Grad der Verwerflichkeit einer Formulierung, wobei die damit bezeichnete Sache selbst nichts Verwerfliches an sich zu haben braucht. So sind ja etwa arbeitslose Menschen beileibe nicht verwerflich, aber sie als «Wohlstandsmüll» (Unwort des Jahres 1997) zu bezeichnen ist es. Andrerseits ist zum Beispiel ein Terrorakt sicher verwerflich, am sprachlichen Ausdruck «Terrorakt» jedoch ist nichts Anstössiges, da diese Formulierung weder die menschliche Würde verletzt noch jemanden hinters Licht zu führen versucht, was die häufigsten Merkmale eines Unworts sind.

Die *Gesellschaft für deutsche Sprache in Wiesbaden (GfdS)* bestimmt seit 1977 ihr Wort des Jahres in erster Linie aufgrund von Nachforschungen in den Medien. Sie hat bereits im vergangenen Dezember **«11. September»** zum **Wort des Jahres 2001** bestimmt. Dass es sich dabei nicht wie bisher um ein gewöhnliches Wort, sondern um ein Datum handelt, bedarf wohl keiner Rechtfertigung: Dieses Datum ist zu einem neuen Begriff geworden, und auch zu einem Begriff für etwas, das wohl nicht nur das Jahr 2001 nachhaltig geprägt hat. In die engere Auswahl hatten die Sprachforscher der GfdS aktuelle Ausdrücke wie «Antiterrorkrieg», «Stammzellenimport», «Homo-Ehe», «simsen» und gar den Satz des Berliner Politikers Wowereit «Und das ist (auch) gut so» genommen.

Eine *Linguisten-Jury an der Universität Frankfurt am Main* unter dem Vorsitz von Prof. Horst Dieter Schlosser bestimmt seit zehn Jahren jeweils ein Unwort des Jahres aufgrund von Zuschriften, aber auch aufgrund eigener Erwägungen, da die Zuschriften in der Regel keine deutlichen Mehrheiten ergeben und immer wieder auch Versuche, das Resultat durch vervielfältigte Massensendungen zu manipulieren, festgestellt werden mussten. Zum **Unwort des Jahres 2001** hat die Frankfurter Jury den Ausdruck **«Gotteskrieger»** bestimmt. In der Begründung heisst es, dass dieses in Bezug auf Taliban- oder Al-Kaida-Angehörige verwendete Wort für die hiesigen Medien hätte tabu sein müssen, da kein Glaube an einen Gott, egal welcher Religion, einen Krieg oder Terror rechtfertige. Besonders die akustischen Medien hätten beim Gebrauch dieses Worts oft jede kritische Distanz vermissen lassen. Weiter wurden von der Frankfurter Jury zwei Ausdrücke aus demselben Bedeutungsfeld kritisiert: «Kreuzzug» und «Topterrorist».

Der Verein «*Muttersprache*», Wien, tut es seit einiger Zeit den beiden deutschen Gremien nach und erkürt seinerseits Wörter und Unwörter des Jahres, die dann oft auch spezifisch österreichisch sind. Er hat Anfang Januar seine **Wörter des Jahres 2001** vor allem aufgrund der Einsendungen seiner Mitglieder bestimmt. «Euro» steht da an erster Stelle. Aus vielen verschiedenen Nennungen in Bezug auf den 11. September wurde als Kernbegriff «Terror» an zweiter Stelle gewählt. Rein auf Österreich beschränkt sind die an dritter Stelle stehenden «Studienbeiträge», über deren Einführung in Österreich Monate lang diskutiert wurde. Wegen ihrer schieren klimabedingten Häufigkeit wurde die Wendung «Temperaturen unter dem langjährigen Durchschnitt» schliesslich als viertes Wort des Jahres auserkoren.

Eine österreichische Besonderheit ist auch der Ausdruck, der bei den Mitgliedern des Vereins «*Muttersprache*», Wien, am meisten Unmut erregt hat und so zum Unwort des Jahres 2001 bestimmt wurde: **«Prime time»** als Ersatz für das muttersprachliche Wort «Hauptsendezeit» im ORF.

Ergebnisse der Vernehmlassung zum Sprachengesetz

Die Grundidee des zu schaffenden Sprachengesetzes ist, die Viersprachigkeit der Schweiz zu erhalten und zu gewährleisten, dass die Bewohnerinnen und Bewohner mehrere Landessprachen sprechen können. Der Entwurf zu diesem Gesetz war bis Ende Januar 2002 in der Vernehmlassung, an der sich auch der SVDS beteiligt hat (vgl. S. 38 ff. dieses Hefts). Die Ergebnisse der Vernehmlassung ergeben in groben Zügen, d. h. vor allem aufgrund der Stellungnahmen der grossen Gremien (politische Parteien, Kantonsregierungen u. a.), folgendes Bild:

Abgesehen von der SVP, die das Gesetz vollständig ablehnt, jedoch den Willen zur Unterstützung der Mehrsprachigkeit anerkennt – nach der SVP ist es nicht Sache des Bundes, die Sprache zu fördern –, wird der Gesetzesentwurf von allen, die sich haben vernehmen lassen, im Prinzip begrüsst. Einer der Hauptkritikpunkte ist jedoch die fehlende Stellungnahme zum Frühenglisch. Ein Sprachengesetz dürfe sich in dieser Frage nicht ausschweigen, findet die Interkantonale Konferenz der Tessiner und Westschweizer Erziehungsdirektoren (CIIP). Auch die FDP bedauert diesen Mangel. Die Grünen halten dafür, dass es für den Zusammenhalt der Landesteile unabdingbar sei, eine Landessprache als erste Fremdsprache zu unterrichten. Ähnlich findet die SP, der Sinn eines Sprachengesetzes könne nur sein, die Erhaltung der Landessprachen zu verbessern. CVP und SVP hingegen sind der Meinung, die Frage des Frühenglisch sei Sache der Kantone.

Der Entwurf schlägt auch vor, dass der Bund Institutionen und Organisationen unterstützen kann, die in irgendeiner Weise die Verständigung unter den vier Sprachregionen der Schweiz fördern. Der Vorschlag weckt jedoch Ängste vor einer «überzogenen Subventionitis». Die Schweizerische Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK) und auch die FDP befürchten, dass der Gesetzesentwurf den Bürokratieapparat unnötig aufblähe.

Allgemeine Zustimmung findet der im Gesetz vorgesehene Austausch von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen zwischen den Sprachregionen. Gut aufgenommen wurde auch der Plan eines nationalen Instituts zur Förderung der Mehrsprachigkeit. Gar drei Kantone, Graubünden, Bern und Freiburg, zeigen Interesse, das Institut auf ihrem Kantonsgebiet anzusiedeln.

Vor einer endgültigen Beschlussfassung werden die vielfältigen Ergebnisse dieser Vernehmlassung nun noch Gegenstand politischen Ausmarchens sein.

Nf.